



Sarah Ryglewski

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Bremen

Statement: Überhöhte Inkassoforderungen eindämmen

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz kündigt an, strengere Regeln für Inkasso-Unternehmen einzuführen. Demnach will Bundesjustizministerin Christine Lambrecht beispielsweise Verbraucherinnen und Verbraucher vor überhöhten Inkassogebühren schützen und die Transparenz erhöhen. Dazu ein Statement der Bremer SPD-Bundestagsabgeordneten und Verbraucherschutz-Expertin Sarah Ryglewski:

„Die Senkung der Höchstgrenze für Inkassogebühren ist notwendig und stärkt die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher. So wird verhindert, dass Inkassoforderungen, die unverhältnismäßig zum ursprünglich geforderten Betrag stehen, die Zahlungsnot der Betroffenen weiter verschärfen.

Eine verbindliche Prüfung der Bonität des Käufers durch den Anbieter, etwa dadurch, dass erstmalige Bestellungen beispielsweise nicht auf Rechnung getätigt werden dürfen, würde Verbraucherinnen und Verbraucher vor Überschuldung schützen und außerdem verhindern, dass Kriminelle mit dem „guten Namen“ ahnungsloser Bürgerinnen und Bürger einkaufen können. Dem sogenannten Identitätsdiebstahl könnte so wirksam ein Riegel vorgeschoben werden.“

06.09.2019